

Makroökonomik für Fortgeschrittene

3. Dez. 2004

- Medienanalyse
- Wirtschafts- & Währungsunion
- Stabilität- und Wachstumspakt
- Deutsche Staatsverschuldung
- Herbstgutachten

Eckehard Krah
www.ekrah.com



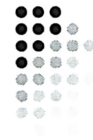
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion



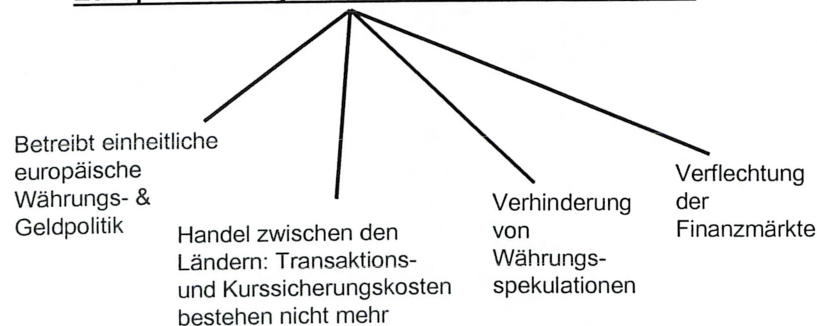
- Sichert die europäische Weiterentwicklung
- Festigt Europas Stabilität
- Abstimmung der Mitgliedsländer über die WPOL
- Vermeidung von starken Haushaltsdefiziten
- Sicherung des Binnenmarktes
- Schaffung der ESZB

2

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

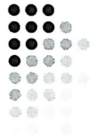


Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)



3

Drei Stufen



Stufe: 1. Juli 1990 – 31. Dez. 1993

- Liberalisierung des Kapitalverkehrs
- Hindernisse im innergemeinschaftlichen Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital wurden beseitigt
- Verschiedene Wirtschaftspolitiken wurden koordiniert
- Dauerhafte wirtschaftliche Stabilität

2. Stufe: 1. Jan. 1994 – 31. Dez. 1998

- Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI)
- Vorreiter der EZB
- Sollte Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Währung schaffen
- Rechtliche Grundlagen wurden geschaffen (z.B. Unabhängigkeit der einzelnen Notenbanken)

4

8. Vorlesung

Drei Stufen

- Seit 1998 spricht der Rat Empfehlungen aus (Grundstein der Konvergenzberichte)
- Entscheidung über die Zusammensetzung der Wechselkurse (keine Kursschwankungen mehr)
- 1. Juni 1998: Gründung der EZB in Frankfurt (EWU wird aufgelöst)
- Späterer Eintritt möglich (wie kürzlich erst geschehen)

3. Stufe: 1. Jan 1999 – 31. Dez. 2001

- Elf EU-Gründungsstaaten
- Umstellung der Geldpolitik der EZB (Geld-, Devisen- und Kapitalmärkte)
- Übergangszeitraum für den Euro

5

Voraussetzungen für die Aufnahme

Stabiles Preisniveau	Gesunde Staatsfinanzen	Stabile Wechselkurse	Niedriges Zinsniveau
Inflation höchstens 1,5%-Punkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Staaten	Defizit 3% Schulden 60% (Nähe und Annäherung) → NL	Teilnahme am Wechselkursmechanismus seit mind. zwei Jahren	Langfristiger Zinssatz höchstens 2%-Punkte über dem der drei preisstabilsten Staaten

6

Stabilitäts- und Wachstumspakt

- Soll die Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten begrenzen
- Mittelfristig ausgeglichenen Haushalt
- Staaten müssen mehrjährige Stabilitätsprogramme erarbeiten
- Kommission überwacht diese Programme ständig
- Frühwarnsysteme → Empfehlungen /Blauer Brief) → wenn 3% droht (siehe NL)
- Übernahme von Schulden anderer Länder ist ausgeschlossen
- Folgt ein Mitgliedsland diesen Empfehlungen nicht: Sanktionen

7

Sanktionen

Europäische Investitionsbank auffordern ihre Darlehenspolitik gegenüber diesem Land zu überprüfen

1. Zinslose Stabilitätseinlage in „angemessener Höhe“
2. Geldstrafen: 0,2% bis 0,5% des BIP

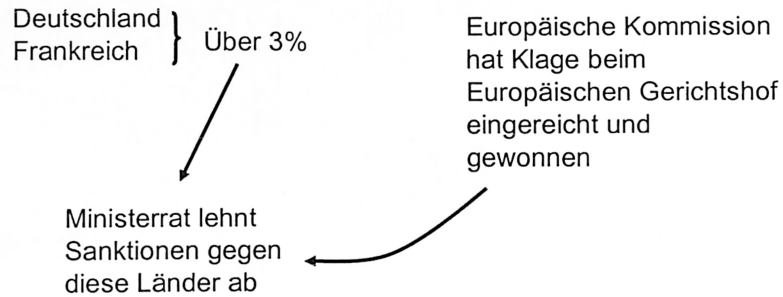
2/3 des Ministerrates (betr. Land hat kein Stimmrecht) muss den Sanktionen zustimmen

Bei Erfolg:
Einlage wird zurückbezahlt

Kein Erfolg nach zwei Jahren:
Einlage wird in Geldbuße umgewandelt und einbehalten

8

Aktuell



9

Pro Stabilitätspakt

- Stabilität des Euro fördern
- Glaubwürdigkeit des Euroraums steigern
- Lösung anstelle von Neuverschuldung (haushaltspolitische Disziplin)
- Politik: ökonomisch handeln, nicht auf Wiederwahl bedacht sein

Staatsverschuldung ↓

Mit Hinweis auf den Stabilitätspakt kann die Politik vor Wahlen auch Einschnitte im Haushalt verständlich machen

10

Contra Stabilitätspakt

- Fehlende Handlungsfreiheit in der Fiskalpolitik
- Volkswirtschaftliche Maßnahmen werden verhindert
 - Konsumförderung
 - Staatliche Investitionen
- Strafen belasten die ohnehin geschwächten Volkswirtschaften noch mehr
- Inflationswirkung – Schädlichkeit von Inflation wird angezweifelt

Staatsverschuldung führt nicht unbedingt zur Inflation

Expansive Geldpolitik in D. führt nicht unbedingt zur Inflation (Ausnahme: Irland, Portugal)

11

Reformvorschläge

- Größerer Automatismus
- Keine 2/3 Mehrheit bei Sanktionsverfahren (Defizitverstoß)
- Weniger strikte Auslegung des Paktes
 - Längere Verschuldungsfrist
 - 3 % Kriterium lockern (Chirac)
 - Neuverschuldung in Abhängigkeit vom Schuldenstand
- Streichung einzelner Haushaltsposten
 - Investitionsausgaben
 - Verteidigungsausgaben
- Abschaffung des Paktes
 - Flexible Fiskalpolitik ist notwendig
- Meinung der EU -> Reform ≠ Neuverschuldung oder Lockerung

12

Verteilung des Deutschen Haushalts in 2005

- Gesamt: 254,3 Mrd in 12 Einzeletats (3 Mrd. weniger als in 2004)
- Bundesetat des Kanzlers: 1,5 Mrd.
- Gesundheit: 84,4 Mrd. (davon 77,9 Mrd. in Rentenkasse ~ 30% des Etats)
- Zinsen und Tilgung: 40,4 Mrd.
- Wirtschaft und Arbeit: 38 Mrd. (ALII = 13,8 Mrd.)
- Verteidigung: 23,9 Mrd.
- Verkehr: 23,9 Mrd. (hauptsächlich Investitionsausgaben)
- Bundesgerichtshof: 17,6 Millionen (kleinster Etat)

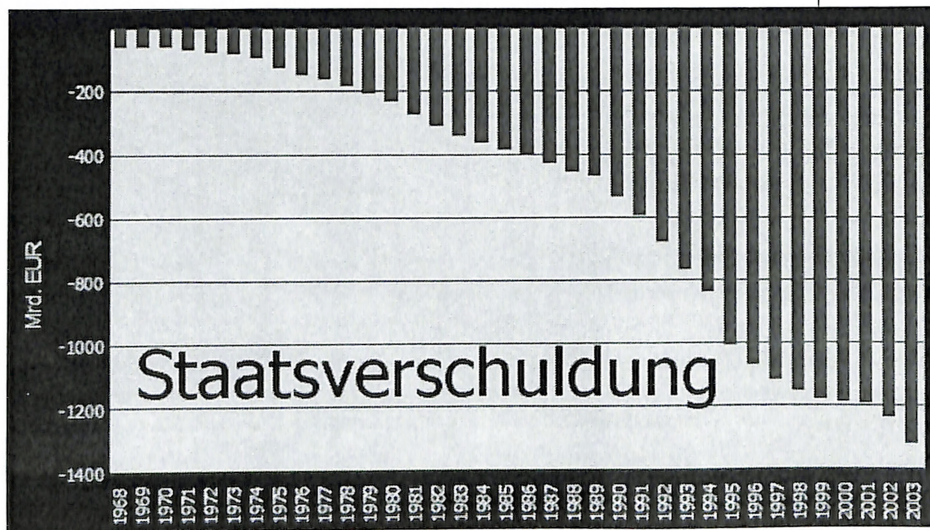
13

Staatsverschuldung in Deutschland

- BIP $\approx 2.000.000.000.000$ Euro
- Gesamtverschuldung
 - 1.407.172.125.616 Euro ≈ 1.407 Milliarden Euro (Mittwoch, 1. Dez. 21:51)
 - 2.660 Euro pro Sekunde
 - 17.049 Euro pro Einwohner
 - 1.407 Mrd. $\approx 63\%$ des BIP $\rightarrow 100\%$
- Neuverschuldung (Defizitquote) – 4. Jahr in Folge
 - 83 Mrd. $\approx 3,8\%$ des BIP in 2004
 - 78 Mrd. $\approx 3,5\%$ des BIP in 2005
- Wiederaufbau vs. Wiedervereinigung

14

Staatsverschuldung in Deutschland



Gläubiger

- Banken finanzieren die Staatsverschuldung
- Lebensversicherungen
- Privatleute und Industrie (Bundesschatzbriefe)
- Banken 50%
- Ausland 35%
- Sonstige 15%
- Zins und Zinseszins (Hauptgrund für starken Anstieg)
- Umschuldung / Neuverschuldung
- Investitionen / Zinszahlungen
- Kreditaufnahme dient nicht dem eigentlichen Sinn

16

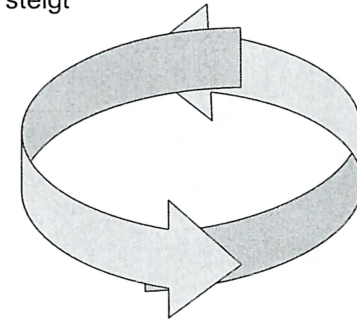
Gründe und Grenzen

- Ausgaben > Einnahmen
- Ausgaben sind allerdings "notwendig"
- Seit Jahrzehnten wurde nicht getilgt
- Zinseszinsseffekt
- Stabilitätspakt
- Verfassungsrechtliche Grenzen §115 GG
- Ökonomische Grenzen (u.a. Verringerung des Wachstums)

17

Never Ending Story

- Staat kann die Zinsen für alte Schulden nicht vollständig zahlen (tilgen erst recht nicht) 40,4 Mrd.
- Neue Schuldenaufnahme
- Gesamtverschuldung steigt
- Zinslast steigt



18

Herbstgutachten 2004

Eckehard Krah
www.ekrah.com

Ölpreis

- Starker Ölpreis → dämpft Weltkonjunktur
- Starke Nachfrage (keine Angebotsverknappung wie um 1970)

China, USA, Indien

Langsame Ausweitung bei
anhaltenden hohen Preisen

- Förderung am Limit (bei Ausfall keine Ausweitung möglich)
- Spekulative Käufe = $p \uparrow$

- Anstieg des Ölpreises um 10% → BIP $\frac{1}{4}\% \downarrow$ BIP in D. 1,8% in 04
- Anstieg des Ölpreises um 30% → BIP $\frac{3}{4}\% \downarrow$ 1,5% in 05

- Ende 2005 etwa bei 37 USD (Höchstpreis 2004 bei 53 USD)

20

Ölpreis

70er Jahre: Preis-Lohn Spirale

1. Gewerkschaften fordern Löhne ↑
2. Folge: Preise ↑
3. Folge der Folge: Löhne ↑
4. ...

Umstellung auf
energiesparende
Produktionsverfahren
und Konsumgüter

Ölpreisanstieg

Kosten
anstieg
wird
über-
gewälzt

Importierende Länder:

- Entzugseffekt
- Gewinne ↓
- Realeinkommen ↓

Exportierende Länder:

- Gewinne ↑
- Einkommen ↑
- Importe aus Industrieländern ↑



21

Wirtschaftspolitische Impulse

Bisher:

- Weltwirtschaft wurde durch wirtschaftspolitische Impulse getrieben
- $i \downarrow \rightarrow I \uparrow$ (z.B. Immobilienpreise steigen)

Jetzt:

- Verringerung der Impulse
- Anfang: Bank von England → $i \uparrow$
- Es folgte: US-Notenbank → $i \uparrow$
- Europa & Japan weiter $I \downarrow$ (WPOL weiter expansiv)

hat Zinsen auf ein
konjunktur-neutrales
Niveau herangeführt

22

Prognose der Weltwirtschaft

- BIP der Welt: +3,2% in 2005 (3,9% in 2004)
- BIP in D. +1,5% in 2005 (1,8% in 2004)
- Wachstum weiter steigend (aber nicht mehr so stark wie bisher)
- Investitionen stark ansteigend
- Wachstum in Ostasien und in den rohstoffexportierenden Ländern (Schwellenländern) bleibt hoch, verlangsamt sich
- EU-Wachstumsraten gehen zurück (nicht negativ)
- Fazit: kein Abgleiten in den Abschwung

23

Risiken

- Ölpreisentwicklung
- Leistungsbilanzdefizit der USA ↔ Staatsverschuldung der USA

Doppeldefizit → Stabilität des USD

- Bleibt die hohe Nachfrage in China? Was wenn nicht?
- Inflation zieht stärker an als angenommen

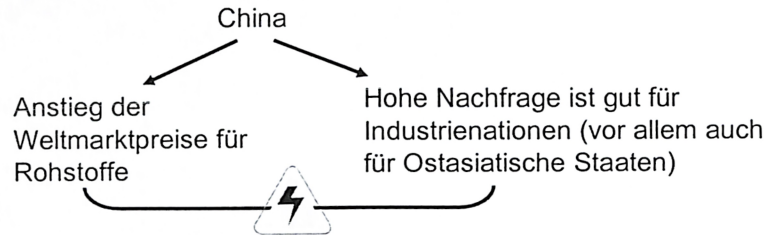
↓
Zinsen steigen

↓
Produktion / Investition
nimmt ab

24

China (verhaltenes Wachstum)

- Siebtgrößte VW der Welt
- Seit zwei Jahrzehnten Wachstumsraten von +8%
- WTO-Beitritt (dadurch wurde das Wachstum nochmals verstärkt)



- Gedrosseltes Wachstum in 2005, da restriktive WPOL in China

25

USA

- Aufschwung nimmt ab
- Privater Konsum nur leicht steigend
- Investitionen nahmen zu (Immobilien)
- Expansion der Exporte verlangsamte sich (nur leichter Anstieg in 2005)
- Importe stiegen kräftig an (nicht mehr so stark wie in 2004)
- Arbeitsmarkt (fast keine Besserung)
- Inflation steigend
- Leitzins bei 1,75% (bis Ende 2005 bei 3%)

- Finanzpolitische Impulse fielen aus
- Kaufkraft der Konsumenten wurde gemindert (z.B. durch erhöhte Ausgaben)

26

Japan

- Staatsverschuldung bei 160% des BIP
- Starker Anstieg der Produktion und Investitionen in ½ 2004 (danach nur in geringem Tempo)
- Privater Konsum nur noch schwach steigend
- Staatskonsum ↓ → dämpfend auf die Konjunktur
- Export leicht ↑
- Beschäftigung leicht ↑
- Verbraucherpreise leicht ↓
- Fazit: die Gesamtwirtschaft expandierte in 2005, jedoch nicht mehr so stark wie in 2004

kein Rückgang in Sicht

27

Schwellenländer

- Starke Zunahme der Produktion / Expansion

Zu starke Expansion ↓
da: Infl., Energ., Infra.

Lateinamerika & Russland:
Aufgrund der hohen Rohölpreise und starkem Export = Expansion ↑↑

Asien: hoch, im Verlauf des Jahres langsamer → hoher Ölpreis

Russland:
Produktion +7,4%
Inflation: sehr hoch
Verbraucherpreise +11%
Expansion wird leicht nachlassen

Lateinamerika:
Export ↑↑
↓
• Da hohe Rohölpreise
• Niedrige Zinsen
• Privater Konsum ↑↑

Starke US-Nachfrage an gewerblichen Gütern

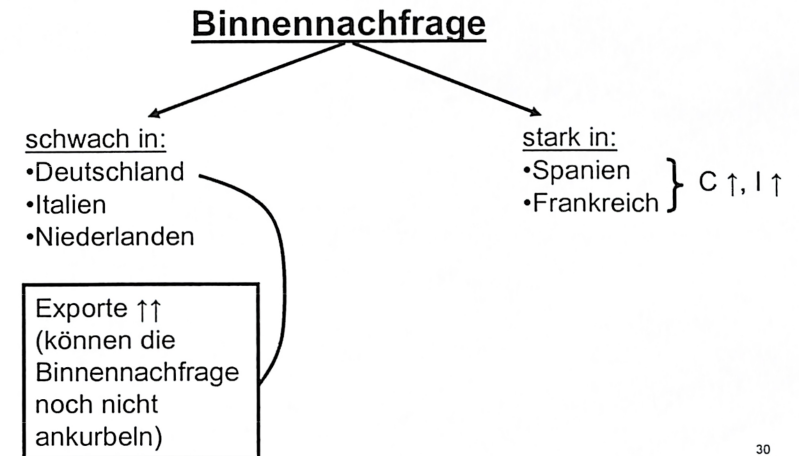
28

Europäische Union

- Belebung setzt sich fort
- Nachfrage aus expandierenden Weltregionen ist wichtig
- Privater Konsum gedämpft → Energieverteuerung
- Investitionen steigen nur gering
- Erwerbslosenquote 9%
- Inflation 1,9%

29

Europäische Union



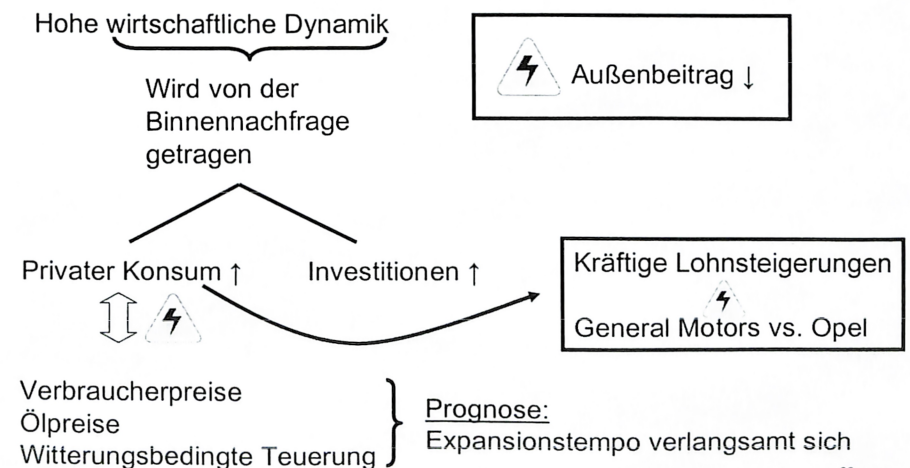
30

EU-Finanzpolitik

- Defizit 2,9% in 2004
 - Die im Stabilitätsprogramm angestrebten Ziele wurden verfehlt
-
- Frankreich
 - Deutschland
 - Griechenland
 - Portugal
- } über 3%
-
- Niederlande → genau 3%

31

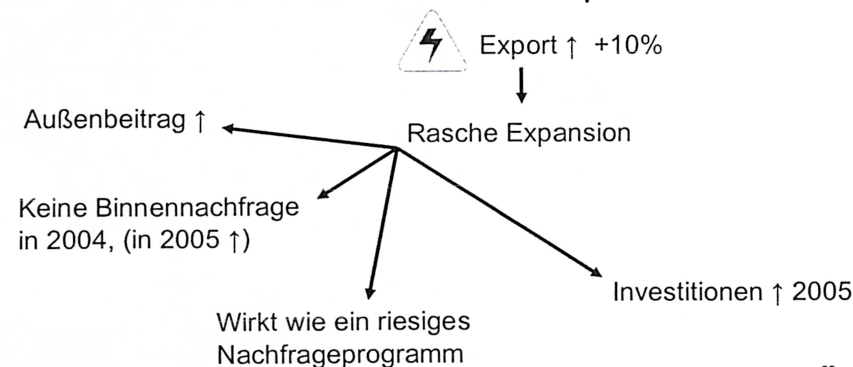
Neue EU-Mitgliedsländer



32

Wirtschaftspolitik in Deutschland

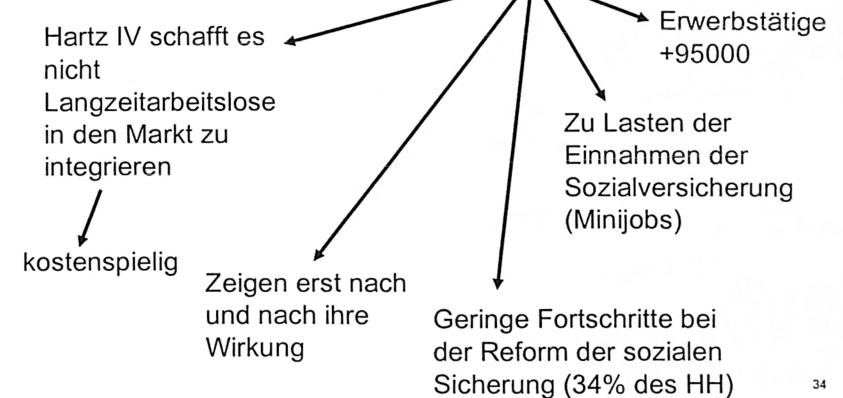
- Erholung aus der Krise mit langsamen Tempo
- „Deutsche Konjunktur hängt am Tropf der Weltwirtschaft“



33

Wirtschaftspolitik in Deutschland

- „Wirtschaftspolitik geht mit den aktuellen Reformen in die richtige Richtung“



34

Wirtschaftspolitik in Deutschland

- Finanzpolitik hat kein klares Konzept (Ad-hoc-Maßnahmen)
 - Defizitabbau schwächer als angekündigt
 - Konjunkturelle Erholung setzt sich fort
 - Einsparungen
 - Steuervergünstigungen senken
 - Reserven der Rentenversicherungen sind leer → Beitragssatz erhöhen
- Geldpolitik:
 - Kredite an Unternehmen im Euroraum steigen (D. sinken)
 - Ersparnisse > Investitionen
 - Innenfinanzierungsquote 25% in 2000, 85% in 2004

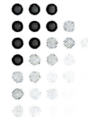
35

Vorschläge zur Besserung

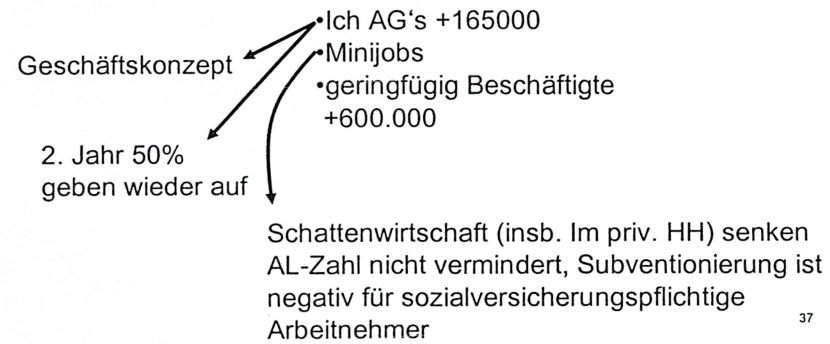
- Koch und Steinbrück:
 - Subventionsabbau
 - 75 Mrd. nur ein Teil der Subventionen
 - Subventionen sind wachstumsschädlich
- Verschiedene Institute
 - Besoldung der Beamten und Richter einfrieren (für ein Jahr)
 - 2 Mrd. Einsparungen
 - Subventionsabbau (Landwirtschaft, Bergbau, Verkehrswesen, Wohnungsbau)
 - Steuervergünstigungen senken
 - Eigenheimzulage, Entfernungspauschale, Feiertagszuschläge streichen
 - Reform der Renten / keine Frührentnerpolitik

36

Arbeitsmarktpolitik



- Effizienz steigern
 - Niedriglohnbereich
 - Flexibilität
- } Regierung erhofft einen Rückgang der A-Losigkeit und damit Entlastung im HH



Themen:

- Medienanalyse
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Deutsche Staatsverschuldung
- Herbstgutachten

Medienanalyse für die Woche vom 26.11. bis 2.12.2004

von Axel Kroder

Unterlagen können unter der folgenden e-Mail-Adresse angefordert werden: Iloveaxi@aol.com

Themenüberblick explizit makroökonomischer Bereiche:

- Aktuelle Daten & Prognosen
- Ostdeutschland
- Gewinner & Verlierer der Euro-Stärke
- Höhe der Staatsverschuldung
- Ukrainische Präsidentenwahl

1. Aktuelle Daten & Prognosen

- BIP
- Arbeitslosenzahlen
- DAX
- SAP/ Siemens

2. Ostdeutschland

3. Gewinner & Verlierer der Euro-Stärke

(starker Euro, hoher Ölpreis)

- Rekordhoch des Euro liegt bei 1,3334 \$
- aktuell: 1,32595 (Stand: gestern 17 h)

Grund der hohen Euro-Kurses waren Spekulationen über eine Anhebung der Leitzinsen der EZB

J.- C. Trichet: Leitzinsen des Euro sind niedrig & er bleibt bei 2%

(Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte)

- Der starke Euro steigerte den Druck auf die EZB, die Zinsen zu senken, statt sie, dem Konjunkturzyklus folgend sukzessiv zu erhöhen.
- Durch hohe Zinsen sollte zumindest die Nachfrage nach dem Euro abebben.

4. Höhe der Staatsverschuldung

Bundeshaushalt 2005 wurde gegen die Opposition durchgesetzt:

Schuldenstand: 254,5 Mrd.

Neuverschuldung 2004: 42 Mrd.

Neuverschuldung: 22 Mrd. Investitionen: 22,7 Mrd.

Maastricht-Kriterien:

- Maximale Neuverschuldung bei 3% des BIP
- Staatsverschuldung muss insgesamt unter 60% des BIP liegen

Vorwürfe der Opposition:

- zu hohe Steuern
- zu geringe Arbeitslosigkeit(quoten)verdrängung
- ...

Eichel fehlen u. a.

- beim Bundesbankgewinn 3,2 Mrd. Euro,
- bei der Maut 2,1 Mrd. Euro,
- bei der Steueramnestie 1,5 Mrd. Euro.

Gleichzeitig ist bei den Ausgaben für den Arbeitsmarkt mit einem Mehr von 4,5 Mrd. Euro zu rechnen.

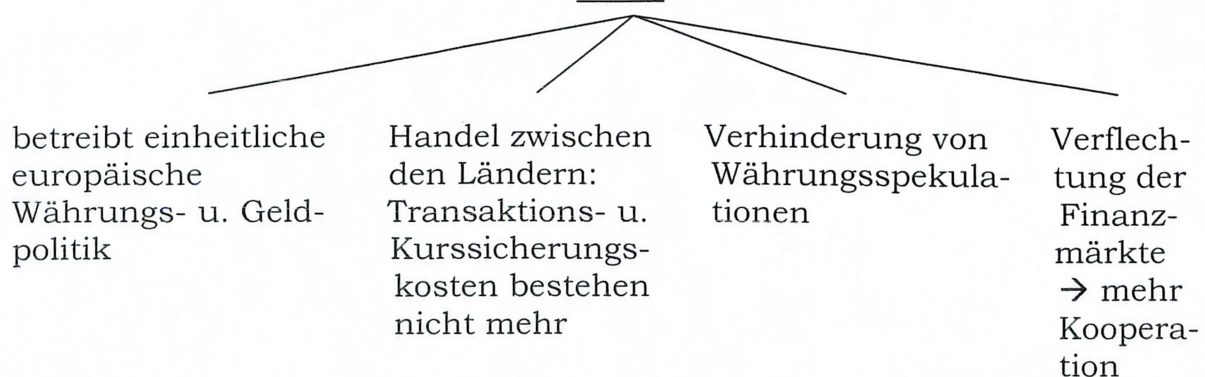
5. Ukrainische Präsidentenwahl

Unterlagen zu den folgenden Punkten sind unter der folgenden Internetadresse zu finden: www.ekrah.com

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

- sichert die europäische Weiterentwicklung
- festigt Europas Stabilität
- Abstimmung der Mitgliedsländer über die Wirtschaftspolitik
- Vermeidung von starken Haushaltsdefiziten
- Sicherung des Binnenmarktes
- Schaffung der ESZB (Europäisches System der Zentralbanken: nationale Zentralbanken der einzelnen Länder & EZB)

ESZB



3 Stufen

1. Stufe: 1.70.90 – 31.12.93

- Liberalisierung des Kapitalverkehrs
- Hindernisse im innergemeinschaftlichen Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen & Kapital wurden beseitigt.
- Verschiedene WPol wurden koordiniert.
- dauerhafte Wirtschaftsstabilität

2. Stufe: Gründung der EWI

- Vorreiter der EZB
- sollte Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Währung schaffen
- rechtliche Grundlagen wurden geschaffen
- seit 1998 Rat spricht Empfehlungen aus (Grundstein der Konvergenzberichte)
- 1998 Entscheidung über die Zusammensetzung der Wechselkurse (keine Kursschwankungen mehr)
- 1.6.98: Gründung der EZB in Frankreich (EWI wird aufgelöst)
- späterer Eintritt möglich

3. Stufe: 1.1.1999 – 31.12.2001

- 11 EU-Gründungsstaaten
- ...

Voraussetzungen für die Aufnahme

Stabiles Preisniveau	Gesunde Staatsfinanzen	Stabile Wechselkurse	Niedriges Zinsniveau
Inflation höchstens 1,5%-Punkte über der Inflationsrate der 3 preisstabilsten Staaten	Defizit 3% Schulden 60% (vom BIP) (Nähe & Annäherung) → NL	Teilnahme am Wechselkurs-Mechanismus seit mindestens 2 Jahren	Langfristiger Zins höchstens 2%-Punkte...

Haushaltsdefizit: Referenzwert : - 3% des BIP

2004: - 3,9% des BIP (Vermutung)

Öffentliche Verschuldung: Referenzwert: 60% des BIP

2004: 63,0%

Stabilitäts- und Wachstumspakt

- soll die Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten begrenzen
- mittelfristig ausgeglichene Haushalte
- Staaten müssen mehrjährige Stabilitätsprogramme erarbeiten
- Kommissionen überwachen die Programme ständig
- Frühwarnsysteme → Empfehlungen (Blauer Brief) → wenn 3% droht (siehe NL)
- Übernahme von Schulden anderer Länder ist ausgeschlossen
- Sanktionen

Sanktionen

Europ. Investitionsbank

auffordern ihre Darlehenspolitik gegenüber diesem Land zu überprüfen

1. Zinslose Stabilitätseinlage in „angemessener Höhe“
2. Geldstrafen: 0,2% bis 0,5% des BIP

weitere Angaben zur Finanzpolitik

2/3 des Minister-rates (betr. Land hat kein Stimmrecht)

bei Erfolg:
Einlage wird zurückgezahlt

kein Erfolg nach 2 J.:
Einlage wird in Geldbuße umgewandelt & einbehalten

Pro Stabilitätspakt

- Stabilität des Euro fördern
- Glaubwürdigkeit des Euro-Raums steigern
- Lösung anstelle von Neuverschuldung (haushaltspolitische Disziplin)
- Politik: ökonomisch handeln, nicht auf Wiederwahl bedacht sein

Staatsverschuldung ↓

Mit Hinweis auf den Stabilitätspakt kann die Politik vor Wahlen auch Einschnitte im HH verständlich machen.

Contra Stabilitätspakt

- fehlende Handlungsfreiheit in der Fiskalpolitik
- volkswirtschaftliche Maßnahmen werden verhindert
 - Konsumförderung
 - staatliche Investitionen
- Strafen belasten die ohnehin geschwächten Volkswirtschaften noch mehr
- Inflationswirkung – Schädlichkeit von Inflation wird angezweifelt

Wirtschaftskreislauf ↑

Reformvorschläge

- größerer Automatismus
- keine 2/3-Mehrheit bei Sanktionsverfahren (Defizitverstoß)
- weniger strikte Auslegung des Paktes
 - längere Verschuldungsfrist
 - 3%-Kriterium lockern (Chirac)
 - Neuverschuldung in Abhängigkeit vom Schuldenstand
- Streichung einzelner Haushaltsposten
 - Investitionsausgaben
 - Verteidigungsausgaben
- Abschaffung des Paktes
 - Flexible Fiskalpolitik ist notwendig
- Meinung der EU: → Reform ≠ Neuverschuldung oder Lockerung

Verteilung des Deutschen Haushalts

- Gesamt: 254,3 Mrd. (3 Mrd. weniger in 2004)
In 12 Einzeletats
- Bundesetat des Kanzlers: 1,5 Mrd.
- Gesundheit: 84,4 Mrd. (davon 77,9 Mrd. in Rentenkasse $\approx$ 30% des Etats)
- Zinsen + Tilgung: 40,4 Mrd.
- Wirtschaft + Arbeit: 38 Mrd. (AL = 13,8 Mrd.)
- Verteidigung: 23,9 Mrd.
- ...

Staatsverschuldung in Deutschland

- 1.407.172.125.616 Euro $\approx$ 1.384 Milliarden
(Mi., 1. Dez. 21.51h)
- 2.660 Euro pro Sekunde
- 17.049 Euro pro Einwohner
- BIP $\approx$ 2.000.000.000.000 Euro
- Neuverschuldung (Def.-Quote) – 4. Jahr in Folge:
 - 83 = 3,8% in 2004
 - 78 = 3,5% in 2005
 - Ges.: 63% $\rightarrow$ 100%
- Wiederaufbau vs. Wiedervereinigung

Graphik: Staatsverschuldung:

Alle 10 Jahre verdoppelt oder verdreifacht sich die Staatsverschuldung.

Gläubiger

- Banken finanzieren die Staatsverschuldung
- Lebensversicherungen
- Privatleute & Industrie (Bundesschatzbriefe)

- Banken 50%
- Ausländer: 35%
- Sonstige: 15%

- Zins & Zinseszins (Hauptgrund für starken Anstieg)
- Umschuldung/ Neuverschuldung
- ...

Gründe & Grenzen

- Ausgaben > Einnahmen
- Ausgaben sind allerdings „notwendig“
- seit Jahrzehnten wurde nicht getilgt
- Zinseszinsseffekt

- Stabilitätspakt
- verfassungsrechtliche Grenzen § 115 GG
- ökonomische Gründe (u. a. Verringerung des Wachstums)

Never Ending Story

- Staat kann die Zinsen für alte Schulden nicht vollständig zahlen (tilgen erst recht nicht) 40,4 Mrd.
- Neue Schuldaufnahme
- ...

Herbstgutachten 2004

Ölpreis

- starker Ölpreisanstieg $\Rightarrow$ dämpft Weltkonjunktur
- starke Nachfrage (keine Angebotsverkopplung wie um 1970)
 - China, USA, Indien langsame Ausweitung bei anhaltenden hohen Preisen
- Förderung am Limit (bei Ausfall keine Ausweitung möglich)
- Spekulative Käufe $\Rightarrow$ Preisniveau $\uparrow$
- Anstieg des Ölpreises um 10% $\Rightarrow$ BIP $\frac{1}{4}$ % $\downarrow$
- Anstieg des Ölpreises um 30% $\Rightarrow$ BIP $\frac{3}{4}$ % $\downarrow$
 - BIP in D. 1,8% in 0,4
 - 1,5% in 0,5
- Ende 2005 etwa bei 37 USD (Höchstpreis 2004 bei 53 USD)

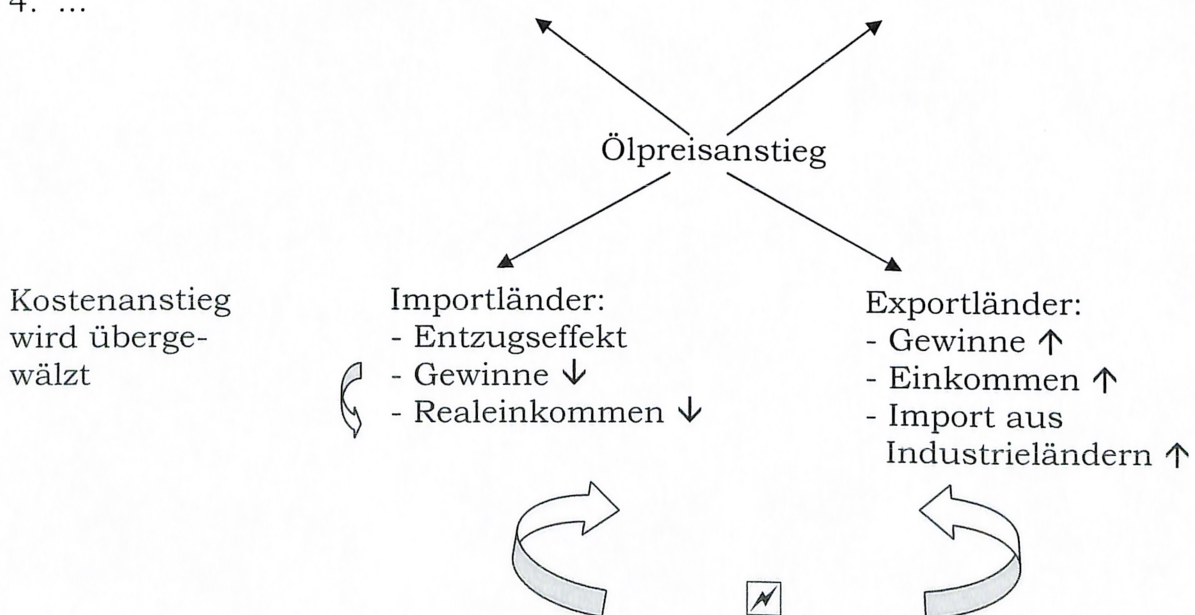
„Alles ist aus Öl, selbst die Glasscheibe.“

Ölpreis

70er Jahre: Preis-Lohn-Spirale

1. Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen
2. Folge: Preisniveau steigt
3. Folge der Folge: Lohn...
4. ...

Umstellung auf energiesparende Produktionsverfahren & Konsumgüter



Wirtschaftspolitische Impulse

Bisher:

- Weltwirtschaft wurde durch wirtschaftspolitische Impulse getrieben
- $i \downarrow \downarrow \rightarrow I \uparrow$ (z. B. Immobilienpreise steigen)

Jetzt:

- Verringerung der Impulse
- Anfang: Bank v. Engl. $\rightarrow i \uparrow$ $\leftarrow$ hat den Zins auf ein konjunktur-
neutrales Niveau herangeführt ;
- Es folgte: US-Notenbank $\rightarrow i \uparrow$ Regressive WPol

Prognose der Weltwirtschaft

- BIP der Welt: + 3,2% in 2005 (3,9% in 2004)
- BIP Deutschland: + 1,5% in 2005 (1,8% in 2004)
- Wachstum weiter steigend (aber nicht mehr so stark wie bisher)
- Investitionen stark steigend
- Wachstum in Ostasien & in den rohstoffexportierenden Ländern (Schwellenländern) bleibt hoch,...

Risiken

- Ölpreisentwicklung
- Leistungsbilanzdefizit der USA $\Leftrightarrow$ Staatsverschuldung der USA



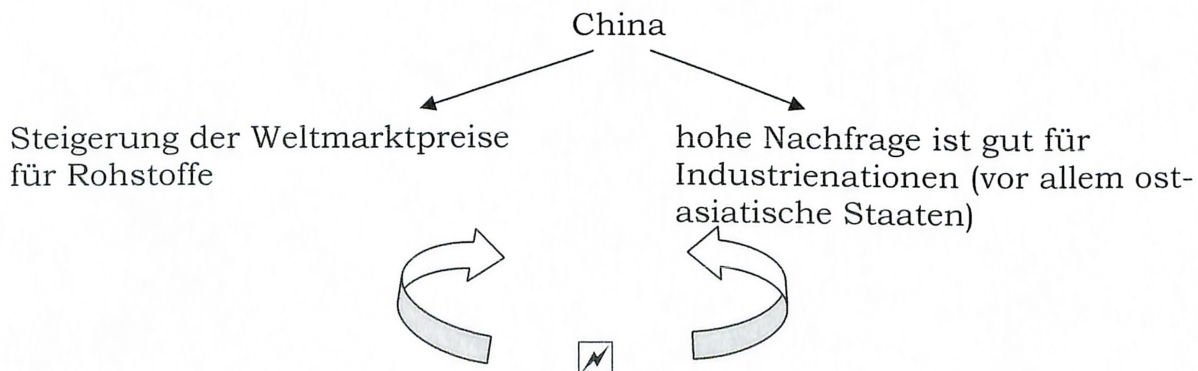
mehr Import als Export $\Rightarrow$ eigentlich unlogisch

Doppeldefizit $\Rightarrow$ Stabilität des USD

- Bleibt die hohe Nachfrage in China? Was wenn nicht?
- Inflation zieht stärker an als angenommen $\Rightarrow i \uparrow \Rightarrow$ Produktion/
Investitionen $\downarrow$

China (Verhaltenes Wachstum)

- siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt
- seit 2 Jahrzehnten Wachstumsraten von + 8%
- WTO-Beitritt (dadurch wurde Wachstum nochmals verstärkt)



- gedrosseltes Wachstum in 2005, da restriktive WPol in China

USA

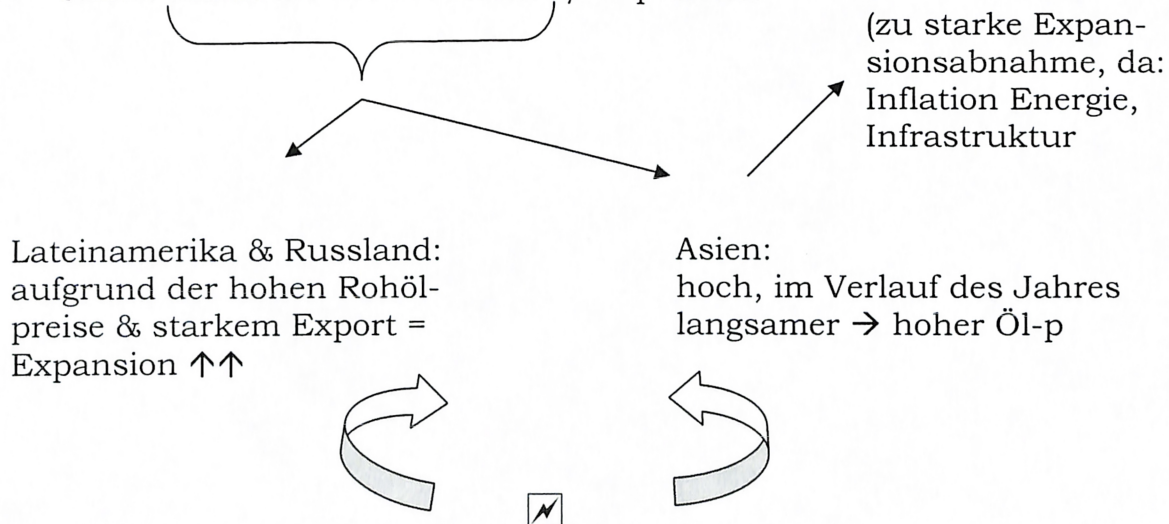
- Aufschwung nimmt ab
 - privater Konsum (nur leicht steigend)
 - Investitionen nahmen zu (Immobilien)
 - Expansion der Exporte verlangsamte sich (nur leichter Anstieg in 2005)
 - Importe steigen kräftig an
- } - finanzpolit. Impulse fielen aus
- Kaufkraft der Konsumenten gemindert

Japan

- Staatsverschuldung bei 160% des BIP → kein Rückgang in Sicht
- starker Anstieg der Produktion & Investitionen im 1. Halbjahr 2004 (danach nur mit geringem Tempo)
- privater Konsum nur noch schwach steigend
- Staatsausgaben sinkend ⇒ dämpfend auf die Konjunktur
- Export leicht gestiegen
- Beschäftigung leicht gestiegen
- ...

Schwellenländer

- starke Zunahme der Produktion/ Expansion



Russland

- Produktion + 7,4%
- Inflation sehr hoch
- ...

Lateinamerika

- Export ↑↑
- ...

EU

- Belebung setzt sich fort
- Nachfrage aus expandierenden Weltregionen wichtig
- Privater Konsum gedämpft, da Energie teuer

Binnennachfrage

schwach in:

- Deutschland → Ex. ↑↑
(kann die Binnen-
nachfrage noch
nicht ankurbeln)

stark in:

- Spanien
- Frankreich

} C ↑, I ↑

- Italien
- Niederlande

EU-Finanzpolitik

- Defizit: 2,9% in 2004
- die im Stabilitätsprogramm angestrebten Ziele wurden verfehlt

- Frankreich
 - Deutschland
 - Griechenland
 - Portugal
- } über 3%

- Niederlande → genau 3%

Neue EU-Mitgliedsländer

hohe wirtschaftliche Dynamik

↗ AB ↓

wird von der Binnennachfrage getragen

Privater Konsum ↑

Investitionen ↑

↓
kräftige Lohnsteigerungen

↗
GM vs. Opel

Verbraucherpreise ↑

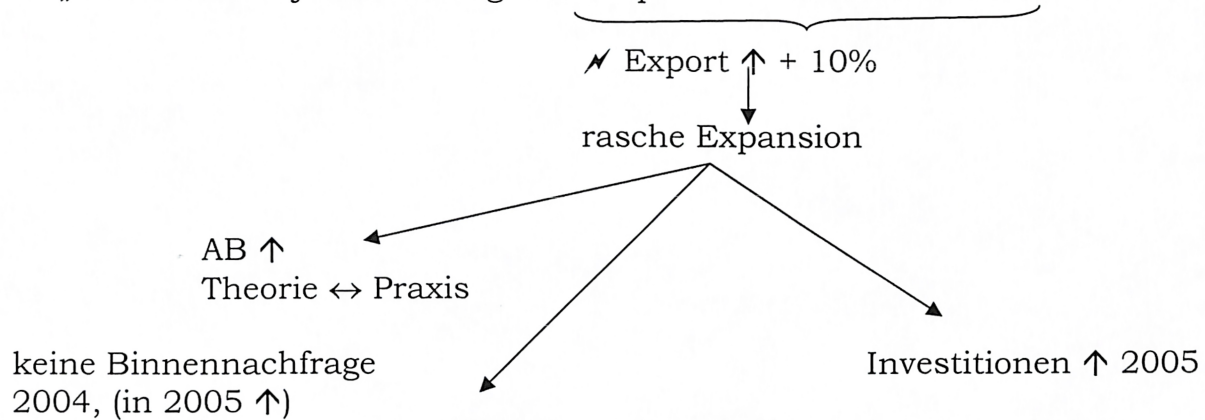
Ölpreis ↑

Witterungsbedingte Teuerung

} Prognose: Expansionstempo verlangsamt sich

Wirtschaftspolitik in Deutschland

- Erholung aus der Krise mit langsamen Tempo
- „Deutsche Konjunktur hängt am Tropf der Weltwirtschaft.“



- „Wirtschaftspolitik geht mit den aktuellen Reformen in die richtige Richtung.“
- Finanzpolitik hat kein klares Konzept (Ad-hoc-Maßnahmen)
- Geldpolitik

Graphik: Kredite an inländische Unternehmen

Vorschläge zur Besserung

- Koch & Steinbrück:
 - Subventionsabbau
 - Subventionen sind wachstumsschädlich
 - 75 Mrd. nur ein Teil der Subventionen
- verschiedene Institute:
 - Besoldung der Beamten & Richter
 - 2 Mrd.
 - Subventionsabbau
 - Steuervergünstigungen
 - keine Frührentner-Politik

Arbeitsmarktpolitik

- Effizienz ↑
 - Niedrig-Lohnsatzbereich
 - Flexibilität
- } Regierung hofft auf einen Rückgang der AL & damit Entlastung im HH

